

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Erste Reaktionen der EU auf das Türkei-Referendum](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Studie zum EU-Rindersektor vorgestellt](#) 3
- [Studie: Konsequenzen des Klimawandels für die EU-Landwirtschaft](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Iran: Rat verlängert Sanktionen als Reaktion auf schwere Menschenrechtsverletzungen](#) 4

Europäische Kommission

- [EU-Kommission und die Europäische Investitionsbank \(EIB\) unterzeichnen Darlehensvertrag zur Förderung der Biodiversität](#) 5
- [Asylpolitik: Trotz stetiger Fortschritte bei Umverteilungen und Neuansiedlungen, größerer Einsatz der Mitgliedstaaten notwendig](#) 5

Sonstiges

- [Datenschutz: Europäischer Datenschutzbeauftragte \(EDSB\) veröffentlicht ein „Erforderlichkeits“-Toolkit](#) 6
- [EU-Ausfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse konstant auf hohem Niveau](#) 6
- [EU-Justizbarometer 2017: Vertrauen in die österreichische Justiz gestiegen](#) 7

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 8

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

9

Tagesordnungen der Institutionen

10

Impressum und Abbildungsverzeichnis

10

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu

Thema der Woche

Erste Reaktionen der EU auf das Türkei-Referendum

Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Federica Mogherini und der Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn gaben am Sonntag, den 16. April, eine Erklärung zum Referendum in der Türkei ab.



In dieser hieß es, dass man das Ergebnis des Referendums zur Kenntnis nehme und den Bericht der Internationalen Referendum Beobachtungsmission des Amtes für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung des Rates von Europa (PACE) abwarte. Zudem werden die türkischen Behörden wegen der weitreichenden Konsequenzen der Verfassungsänderungen dazu angehalten, bei ihrer Umsetzung einen möglichst breiten nationalen Konsens zu suchen.

Am 18. April folgte sodann der Bericht der Internationalen Referendum Beobachtungsmission, welcher die Verfassungsänderungen und insbesondere ihre praktische Umsetzung unter Berücksichtigung der Verpflichtungen der Türkei als Beitrittskandidat der Europäischen Union und als Mitglied des Europarates beurteilte. In diesem wurden folgende

Angaben gemacht: Der Tag des Referendums verlief geordnet und effizient in den in begrenzter Anzahl vorhandenen Wahllokalen. Die Anordnungen, die etwas später am Wahltag durch den Obersten Vorstand der Wahlen erteilt wurden, veränderten die Stimmabschlusskriterien jedoch erheblich und waren nicht gesetzlich gedeckt. Es herrscht ernste Besorgnis über das breitere Umfeld, in dem das Referendum stattfand: Der Mangel an Chancengleichheit, die einseitige Medienberichterstattung und die Begrenzung der Grundfreiheiten schufen ungleiche Wettbewerbsbedingungen für die beiden Seiten der Kampagne. Sowohl die Unzulänglichkeit des Rechtsrahmens für die Durchführung eines demokratischen Referendums als auch die negativen Auswirkungen eines Notstands in der Türkei wurden von der Wahlmission ebenfalls hervorgehoben.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Studie zum EU-Rindersektor vorgestellt

Wissenschaftler haben der Universität Wageningen (Niederlande) im Ausschuss für Landwirtschaft des Europäischen Parlaments die Ergebnisse einer Studie zu Herausforderungen und Möglichkeiten im EU-Rindersektor vorgestellt.

Ziel der Studie war es, die aktuelle Situation des Sektors zu analysieren und Maßnahmen für eine Unterstützung der LandwirInnen vorzuschlagen. Im Ergebnis bestätigt die Studie, dass der Sektor für die EU von erheblicher Bedeutung ist, aber in den letzten Jahren mit großen Herausforderungen konfrontiert war. Zudem wurde festgestellt, dass sich der Sektor innerhalb der EU vor allem bezüglich Einkommen und Produktivität sehr uneinheitlich darstellt. Direktzahlungen spielen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach wie vor eine wichtige Rolle für das Einkommen der LandwirInnen. Die Einkommensentwicklung im Rindersektor

ist vor allem für die Entwicklung ländlicher Gebiete bedeutend ist. Insgesamt wird mittelfristig ein Anstieg der Produktivität im Sektor prognostiziert. Es wird jedoch auf die Notwendigkeit von Strategien zur Verhinderung eines Preisverfalls aufmerksam gemacht. Chancen werden sich laut Studie vor allem durch die wachsende Nachfrage hochqualitativer Produkte in Nicht-EU-Ländern ergeben. Zur gezielten Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe werden verschiedene Optionen zur Förderung im Rahmen der GAP vorgeschlagen.

[Mehr Informationen](#)

Studie: Konsequenzen des Klimawandels für die EU-Landwirtschaft

Das Institut für Umweltpolitik in Großbritannien präsentierte eine Studie zum Thema „Konsequenzen des Klimawandels für die EU-Landwirtschaft“, welche vom Ausschuss für Landwirtschaft beantragt wurde.

Die Studie beschäftigt sich speziell mit der Rolle, die die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bei der Unterstützung des Klimaschutzes im Agrarsektor spielt und die Frage, wie sich die GAP nach 2020 entwickeln könnte, um die Treibhausgasemissionen aus dem Agrarsektor zu reduzieren und an den Klimawandel

anzupassen. Sie beurteilt und diskutiert die Auswirkungen der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 auf den Agrarsektor und die jüngsten Klimapolitikvorschläge der EU.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Iran: Rat verlängert Sanktionen als Reaktion auf schwere Menschenrechtsverletzungen

Am 11. April 2017 hat der Rat als Reaktion auf schwere Menschenrechtsverletzungen im Iran seine restriktiven Maßnahmen bis zum 13. April 2018 verlängert.

Diese Maßnahmen umfassen einerseits ein Reiseverbot sowie das Einfrieren von Vermögenswerten in Bezug auf 82 Personen und eine Organisation. Andererseits beziehen sich diese Maßnahmen auf ein Ausfuhrverbot von Ausrüstung, die zur internen Repression oder zur Überwachung des Telekommunikationsverkehrs eingesetzt werden kann. Die restriktiven Maßnahmen

der EU wurden als Teil eines politischen Gesamtkonzepts angenommen. Dieses soll den Iran dazu bewegen, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Sie wurden erstmals 2011 verhängt.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

EU-Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) unterzeichnen Darlehensvertrag zur Förderung der Biodiversität

Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) haben am 11. April eine Darlehensvereinbarung unterzeichnet, durch welche dem Projekt „Rewilding Europe Capital“ 6 Mio. Euro ausbezahlt werden.

Das Projekt ist Europas erstes Finanzinstrument für Erhaltungs- und Renaturierungsvorhaben und unterstützt mit dem Darlehen europaweit 30 Unternehmen, die sich auf die Wiederherstellung und den Schutz von natürlichen Räumen konzentrieren.

Grundlage dieser Initiative ist die „Finanzierungsfazilität für Naturkapital“ (NCFF), eine etablierte Finanzierungspartnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank zur Förderung von Natur- und Klimaschutzprojekten. Die Initiative reagiert auf die Notwendigkeit,

wirtschaftlich attraktive Investitionen in Naturkapital zur Förderung von Biodiversität und Klimaanpassung zu unterstützen.

Der für Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei zuständige Kommissar Karmenu Vella erklärte dazu: „Die Natur ist für unser Leben und unsere Wirtschaft unersetzbar. Das hat auch die kürzliche Evaluierung der EU-Naturschutzrichtlinien verdeutlicht. „Rewilding Europe“ wird das erste Projekt von vielen sein, das die Initiative „Bank on Nature“, die auf dem NCFF aufbaut, unterstützen wird, um unser Ziel zu erreichen, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen und die Natur zu schützen.“

Asylpolitik: Trotz stetiger Fortschritte bei Umverteilungen und Neuansiedlungen größerer Einsatz der Mitgliedstaaten notwendig

Die Kommission hat am 12. April 2017 ihren 11. Fortschrittsbericht über die EU-Sofortmaßnahmen zu den Umverteilungs- und Neuansiedlungsregelungen veröffentlicht.

Die Umverteilung hat mit einer Steigerung von 27 % gegenüber dem Vormonat weiter zugenommen. Im März wurden mehr als 1.600 Personen aus Griechenland und mehr als 800 Personen aus Italien (insgesamt: 2.465) umgesiedelt. Trotz dieser positiven Fortschritte bleibt das derzeitige Tempo der Umverteilung noch immer weit hinter der Zielvorgabe zurück. Wenn gewährleistet werden soll, dass alle in Frage kommenden Personen in den kommenden Monaten umgesiedelt werden, muss seitens der

meisten Mitgliedstaaten ein größerer Einsatz gezeigt werden, als bisher. Österreich hat einen baldigen Beginn der Umsiedlungen angekündigt, wohingegen andere Mitgliedstaaten (Ungarn und Polen) sich weiterhin generell einer Mitwirkung an der Umverteilung verweigern. Nur zwei Mitgliedstaaten (Malta und Finnland) liegen bislang bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen gegenüber Italien und Griechenland im Fahrplan.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Datenschutz: Europäischer Datenschutzbeauftragte (EDSB) veröffentlicht ein „Erforderlichkeits“-Toolkit

Giovanni Buttarelli, der Europäische Datenschutzbeauftragte der unabhängigen EU-Datenschutzbehörde hat am 12. April das neue „Erforderlichkeits“-Toolkit (engl. Necessity-toolkit) zum Schutz des Grundrechtes auf Datenschutz veröffentlicht.

Das Hilfsmittel soll EntscheidungsträgerInnen helfen, Auswirkungen neuer Gesetze auf den Datenschutz zu ermitteln und Fälle zu erkennen, in denen eine Beschränkung dieses Rechts wirklich notwendig ist, so Buttarelli. In seinem „Erforderlichkeits“-Toolkit wird den EntscheidungsträgerInnen eine praktische Schritt-für-Schritt-Checkliste geboten. In dieser werden Kriterien zur Beurteilung neuer Gesetze festgelegt. Diese müssen von den EntscheidungsträgerInnen berücksichtigt werden, um den Datenschutz sicherzustellen. Der Europäische Datenschutzbeauftragte erklärte dazu: "Die EU-Charta der Grundrechte garantiert das Recht jedes

Einzelnen auf den Datenschutz. Die Entscheidungsträger müssen nachweisen können, dass jeder geplante Eingriff in dieses Recht und in alle anderen Rechte, in die durch die Verarbeitung personenbezogener Daten eingegriffen wird, unbedingt erforderlich ist und das verfolgte Ziel von allgemeinem Interesse für alle Beteiligten oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer ist. Wir glauben, dass das EDV-Hilfsmittel-Toolkit die politischen EntscheidungsträgerInnen dabei unterstützt und damit besser sicherstellt, dass der Gesetzgeber für seine Handlungen verantwortlich ist."

[Mehr Informationen](#)

EU-Ausfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse konstant auf hohem Niveau

Wie die Kommission mitteilte, haben die EU-Ausfuhren von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen im Monat Januar 2017 an die Rekordwerte des vergangenen Jahres angeknüpft.

Um rund 1 Mrd. € übertrafen die Ausfuhrwerte des Monats Januar 2017 die des Januar 2016. Die höchsten Zuwachsraten wurden für die Exporte in die USA und nach China erzielt. Die Analyse der Warengruppen zeigte die höchsten Zuwächse für den Monat Jänner bei Wein, Schweinefleisch und Spirituosen. Auch die Importwerte im Jänner 2017 stiegen um 900 Mio. € im Vergleich zum Jänner 2016. Vergleicht man die letzten 12 Monate (von Februar 2016 bis Januar 2017) mit der Vorperiode entsprachen die Exporte

einem Wachstum von 2,2 %. Die größten Steigerungsraten dieser Periode verzeichneten ebenfalls die Exporte in die USA und nach China, sowie nach Japan. Die größten Gewinner nach Warengruppen waren auch in diesem Vergleichszeitraum Schweinefleisch und Wein, aber auch Schlachtnebenerzeugnisse. Importe landwirtschaftlicher Erzeugnisse von Drittstaaten sind im selben Jahreszeitraum um 0,7 % gesunken.

[Mehr Informationen](#)



EU-Justizbarometer 2017: Vertrauen in die österreichische Justiz gestiegen

Die Europäische Kommission hat vor Kurzem das EU-Justizbarometer 2017 veröffentlicht, das einen Überblick über Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in den einzelnen EU-

Demnach ist das Vertrauen in die Justiz in Österreich weiter gestiegen - innerhalb von zwei Jahren rückt Österreich von Platz 11 auf Platz 3 vor. Darüber hinaus liegt Österreich auch bei der Dauer der Gerichtsverfahren weit vorne. Für den Abschluss von Zivil-, Handels-, Verwaltungs- und sonstigen Rechtssachen benötigen Österreichs Gerichte erster Instanz weniger als zwei Monate. Das ist EU-weit der 4. Platz. Das EU-Justizbarometer wird jährlich von der EU-Kommission erhoben und beurteilt Effizienz,

Qualität sowie Unabhängigkeit der Justizsysteme der EU-Mitgliedstaaten. Die Beurteilung erfolgt anhand einer Vielzahl von Kriterien – dazu zählen beispielsweise Beobachtung und Bewertung der Gerichtstätigkeit, Erhebungen zur Bürgerzufriedenheit sowie finanzielle und personelle Ausstattung. Das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Justiz wird durch die Befragung der jeweiligen Bevölkerung erhoben.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Änderung der Kombinierten Transport-Richtlinie](#)

Verkehr

23 Januar 2017 - 23 April 2017

[Öffentliche Konsultation zum Thema „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Unternehmen und Industrie

10 Januar 2017 - 26 April 2017

[Öffentliche Konsultation zu Regelungen über die Haftung des Herstellers für Schäden, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht wurden](#)

Unternehmen und Industrie, Binnenmarkt

10 Januar 2017 - 26 April 2017

[Thematische Evaluierung der Unterstützung der wirtschaftspolitischen Steuerung in Erweiterungs- und Nachbarschaftsländern – Öffentliche Konsultation](#)

Europäische Nachbarschaftspolitik

1 Februar 2017 - 28 April 2017

[Öffentliche Konsultation: Mögliche Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Antibiotikaresistenz im Rahmen eines Aktionsplans „Eine Gesundheit“ gemäß der entsprechenden Mitteilung der Kommission](#)

Öffentliche Gesundheit, Umwelt, Landwirtschaft

27 Januar 2017 - 28 April 2017

[Public Stakeholder Consultation – Evaluation of Public-Public Partnerships \(Art.185 initiatives\) in the context of the Horizon 2020 Interim Evaluation](#)

Forschung und Innovation

27 Januar 2017 - 30 April 2017

[Modernisierung und Vereinfachung der gemeinsamen Agrarpolitik](#)

Landwirtschaft

2 Februar 2017 - 2 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation über die Außenfinanzierungsinstrumente der Europäischen Union](#)

Europäische Nachbarschaftspolitik, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

7 Februar 2017 - 3 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen \(FEAD\)](#)

Justiz und Grundrechte, Beschäftigung und Soziales

3 Februar 2017 - 5 Mai 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Umwelt

Klima, Ressourceneffizienz, Rohmaterialien, Entkarbonisierung, Effiziente Wassernutzung, kulturelles Erbe, Kreislaufwirtschaft	GREENING THE ECONOMY*	07/03/2017 - 05/09/2017	€ 234.000.000
Bio-Produkt, Biomasse, Biokraftstoffe, Umweltauswirkung, Märkte, Nachhaltigkeit, ökologische Qualitätszeichen, Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft	BIO-BASED INNOVATION FOR SUSTAINABLE GOODS AND SERVICES - SUPPORTING THE DEVELOPMENT OF A EUROPEAN BIOECONOMY*	14/02/2017 - 13/09/2017	€ 26.470.000
Emission, Luftqualität, Diesel, Benzin	HORIZON PRIZE - ENGINE RETROFIT FOR CLEAN AIR*	12.09.2017	€ 1.500.000
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachträglichkeit	Materials for clean air	23.01.2018	€ 3.000.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE	20.08.2019	€ 3.500.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Abbildungsverzeichnis

<https://www.facebook.com/EuropeanCommission/photos/a.169236379790517.34989.107898832590939/1345847018796108/?type=3&theater>

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Katharina Deutschmann